

384.12

Nürnberg, 15. Juni 2012

## 22. Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz (GFMK) in Nürnberg Frauenministerin Haderthauer: „Unzeitgemäße Rollenbilder endlich auflösen“

„Der Schlüssel zur Gleichberechtigung ist das Auflösen unzeitgemäßer Rollenbilder! Noch immer wirken oft unbewusst veraltete Denkmuster und Rollenzuschreibungen, die für Frauen und Männer als ‚passend‘ angesehen werden, auf unser Handeln und wesentliche Lebensentscheidungen wie Berufswahl, Arbeitsverteilung in der Familie und vieles mehr. Die Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister der Länder sind sich einig: Die Wahl des Lebensentwurfs muss eine bewusste Entscheidung im Lichte der individuellen Werte und Fähigkeiten sein, die nicht durch unzeitgemäße Rollenbilder in bestimmte Bahnen gelenkt wird. Hierfür wollen wir das nötige Bewusstsein schaffen. Konkrete Ansatzpunkte sehen wir in den Bereichen Schule, Ausbildung, Medien und Erwerbsleben“, so **Bayerns Frauenministerin und Vorsitzende der GFMK 2012, Christine Haderthauer** heute zum Abschluss der zweitägigen Hauptkonferenz in Nürnberg.

„Unternehmen müssen lernen, dass Teilzeit und die Wahrnehmung von verantwortungsvollen Aufgaben in vielen Bereichen sehr wohl miteinander vereinbar sind. Genauso wichtig ist dabei aber, dass Teilzeit nicht zur Sackgasse wird! Hier müssen neue Lösungswege geprüft werden, etwa ein Rechtsanspruch auf Aufstockung nach einer familienbedingten Teilzeitbeschäftigung. Rollenbilder werden in der Familie geprägt, aber auch Bildungseinrichtungen haben hier eine wichtige Funktion. Wir wollen geschlechtersensiblen Unterricht und Unterrichtsmaterialien, in denen verschiedenste Lebensentwürfe von Frauen und Männern als selbstverständlich dargestellt sind, also auch die berufstätige Mütter in Führungspositionen und in der Familienarbeit engagierte Väter. Gleiches gilt für die Rollenbilder die in Medien präsent sind. Die GFMK fordert daher eine adäquate Repräsentanz von Frauen in den Medien und ein ausgewogenes Bild von weiblichen und männlichen Lebensentwürfen in der Berichterstattung ebenso wie in Kindersendungen, Soap Operas und in der Werbung“, ergänzte Haderthauer, die auch Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung ist.

Die zuständigen Ministerinnen und Minister der Länder haben sich in einer zweitägigen Sitzung intensiv mit zentralen Themen der Frauen- und Gleichstellungspolitik auseinander gesetzt. Neben dem Auflösen von Rollenbildern in allen Lebensbereichen wurden speziell weitere Themen diskutiert:

// **Zukunftsministerium**  
Was Menschen berührt.

## **Rente nach Lebensleistung**

Auf Initiative Bayerns und Hessens haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Alterssicherung von Frauen beschäftigt. „Immer noch sind es überwiegend Frauen, die aufgrund von Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen zeitweise aus dem Beruf aussteigen. Sie leisten damit wertvolle Arbeit für die Gesellschaft und dürfen deshalb im Alter nicht zu Verliererinnen werden“, so die GFMK-Vorsitzende Christine Haderthauer. Die Frauen- und Gleichstellungsministerinnen und -minister fordern deshalb eine Verbesserung in der Alterssicherung von Frauen für künftige, aber gerade auch für ältere Generationen, für die es ungleich schwerer war, Familie und Beruf zu vereinbaren. Konkret will die GFMK insbesondere, dass Pflegezeiten in der Rente besser bewertet werden. Außerdem soll die rentenrechtliche Situation von Müttern weiter verbessert werden, in dem zum Beispiel die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Geburten vor 1992 verbessert wird.

## **Neues Unterhaltsrecht**

Ein heiß diskutiertes Thema war auch das neue Unterhaltsrecht. Die anwesenden Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister sind sich einig, dass das 2008 in Kraft getretene neue Unterhaltsrecht nicht uneingeschränkt auf davor geschlossene Ehen (sog. „Alt-Ehen“) angewendet werden sollte. Ehepaare, die zu diesem Zeitpunkt bereits seit vielen Jahren verheiratet waren, haben ihr Leben im Vertrauen auf die damals bestehende Rechtslage aufgebaut. Das neue Unterhaltsrecht benachteiligt nun diejenigen, die im Wesentlichen die Familienarbeit geleistet haben. Sie hatten im Unterschied zu „Neu-Ehen“ keine Chance, sich auf die neue Rechtslage einzustellen. Die GFMK fordert daher, dass für „Alt-Ehen“ das alte Unterhaltsrecht gilt, wenn ein Elternteil im Vertrauen auf das alte Recht lange vor 2008 seine Erwerbstätigkeit unterbrochen hat, um sich um die Kinder zu kümmern, dies insbesondere bei einer Ehedauer von mindestens 10 Jahren vor Inkrafttreten des neuen Unterhaltsrechtes.

## **Entgeltungleichheit überwinden**

Aktuell liegt in der Bundesrepublik Deutschland die unbereinigte Lohnlücke zwischen den Entgelten von Frauen und Männern zuungunsten der Frauen bei 23%, wobei sich dieses hohe Niveau seit 15 Jahren hält. Selbst die bereinigte Lohnlücke weist noch einen Entgeltunterschied von 8% aus, so dass davon auszugehen ist, dass bestehende Entgeltsysteme also auch Tarifverträge nicht diskriminierungsfrei sind. Die bisherigen Ansätze sind nicht ausreichend, um die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern herzustellen.

Die GFMK bittet deshalb die Bundesregierung zu prüfen, wie die Herstellung der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern durch geeignete Maßnahmen untergesetzlicher und gesetzlicher Art umgesetzt werden kann.

### **Verbesserungen für Frauen mit Behinderungen**

Gleich drei Beschlüsse der heute zu Ende gehenden Konferenz beschäftigen sich mit der Verbesserung der Situation von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen. Diese Frauen sind einem stark erhöhten Risiko ausgesetzt, Opfer von Gewalt zu werden: So sind Frauen mit Behinderungen im Erwachsenenleben etwa zwei- bis dreimal häufiger von sexueller Gewalt betroffen als Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. Die GFMK setzt sich daher dafür ein, ihren Schutz deutlich zu verbessern. Konkret sollen barrierefreie Zugänge zu Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen ermöglicht und in Einrichtungen der Behindertenhilfe und Schulen verstärkt Sexualpräventionskonzepte entwickelt werden.

### **Bekämpfung der Genitalverstümmelung**

Auf Initiative Baden-Württembergs hat sich die GFMK auch für eine Fortsetzung im Kampf gegen die Genitalverstümmelung eingesetzt. Sie fordert, dass für die Verstümmelung weiblicher Genitalien endlich ein eigenständiger Straftatbestand eingeführt wird.

Die GFMK tagt einmal pro Jahr. Der Vorsitz wechselt jährlich. Weitere Informationen zur GFMK, die heute gefassten Beschlüsse und ein Gruppenfoto mit allen Teilnehmern finden sich auf [www.gleichstellungsministerkonferenz.de](http://www.gleichstellungsministerkonferenz.de) sowie auf [www.stmas.bayern.de](http://www.stmas.bayern.de).